

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – ZEITUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Dienstag, 12. Mai 2015 · Nr. 108 · 236. Jg.

gegründet 1780

www.nzz.ch · Fr. 4.40 · € 4.40



GABRIELA MAJ / BLOOMBERG

## EU wirbt bei der Uno für Militäreinsatz

Debatte über eine Resolution zur Schlepperbekämpfung

Die EU-Aussenbeauftragte Mogherini hat den Uno-Sicherheitsrat um Unterstützung für die Zerstörung von Schlepperbooten ersucht. Die EU-Kommission will am Mittwoch ein EU-weites Quotensystem für die Aufnahme von Flüchtlingen vorschlagen.

Niklaus Nuspliger, Brüssel

Am Montag hat die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini in New York vor dem Uno-Sicherheitsrat um Unterstützung für eine EU-Marineoperation zur Bekämpfung der Schlepperbanden im Mittelmeer geworben. Die europäischen Sicherheitsratsmitglieder hatten in den letzten Tagen an einem Resolutionsentwurf unter Kapitel VII der Uno-Charta gearbeitet, der den Einsatz militärischer Mittel erlauben soll.

### Diverse Vorbehalte

Laut Quellen in New York ist man bei der Uno offen für das Anliegen der EU. Diverse Staaten hegen jedoch Vorbehalte, weshalb unklar ist, ob und wie rasch eine Resolution zustande kommen wird. Mogherini versuchte, die Bedenken zu zerstreuen. Sie betonte, die EU wolle nicht nur die Schlepper bekämpfen, sondern auch die Suche und Rettung von Migranten sowie das Engagement im Kampf gegen die Ur-

sachen der Migration in Afrika intensivieren. Weiter sicherte sie zu, dass keine Migranten zurückgeschickt würden und dass sich die EU um ein Einvernehmen mit den rivalisierenden libyschen Regierungen in Tobruk und Tripolis bemühe. Die Vetomacht Russland hat Vorbehalte gegen die Zerstörung der Boote und wirft Fragen zum genauen Einsatzgebiet einer EU-Mission auf. Mogherini erklärte daher auch, dass die EU erste Schritte zur Lancierung der Operation auch ohne Vorliegen eines Uno-Mandats einleiten werde. Entsprechende Beschlüsse will sie nächste Woche den EU-Aussenministern unterbreiten.

### London gegen EU-Quoten

Zu einem Politikum dürfte auch die neue Migrationsstrategie werden, welche die EU-Kommission am Mittwoch vorstellen will. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte jüngst angekündigt, dass er legale Migrationswege und ein Quotensystem zur Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten vorschlagen will. Juncker möchte dieses System gemäss Entwürfen des Strategiepapiers für obligatorisch erklären. Doch die Pläne stossen auf Widerstand: Bereits hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban Flüchtlingsquoten als «verrückt» bezeichnet, und auch ein Sprecher des britischen Innenministeriums erklärte am Montag, London werde jegliche Vorschläge für nicht freiwillige Quoten ablehnen.

## Qualitätsmanagement in der Kirche

Studie zeigt Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten auf

mak. · Welches Ansehen haben die Landeskirchen heute? Diese Frage hat der St. Galler Theologe und Psychologe Urs Winter mit Methoden untersucht, die aus den Wirtschaftswissenschaften stammen. Der Befund der am Montag veröffentlichten Studie: Die katholische Kirche wird als intolerant, autoritär und verstaubt wahrgenommen. Es bestehe «eine Kluft zwischen Lehre und gelebter Wirklichkeit». Bei den Reformierten wird gemeinhin ein Mangel an Profil moniert. Beide Landeskirchen richten

sich laut Winter zu wenig auf die Bedürfnisse der Gläubigen aus und sind sich der Konkurrenz durch andere «Sinnanbieter» zu wenig bewusst. Der Ruf der Kirchen stehe und falle mit der Qualität der seelsorgerischen Arbeit. Winter rät, die Strukturen anzupassen und die Pfarrer wieder näher zu den Menschen zu bringen. Der Blick müsse nach vorne gerichtet werden. Das Festhalten am Überkommen vergrössere die Distanz zu den Menschen nur.

Schweiz, Seite 9

### Moral und Realpolitik – Golfstaaten lechzen nach westlichen Waffensystemen

In grossem Stil kaufen die Staaten am Persischen Golf Rüstungsgüter. An Waffenmessen wie hier in Abu Dhabi besteht auch grosses Interesse an westlichen Produkten. In Deutschland, einem der weltgrössten Waffenexporteure, lösen Geschäfte mit den Golfstaaten politische Kontroversen aus. Frankreich kennt weniger Berührungsängste.

International, Seite 7; Meinung & Debatte, Seite 19

### Den Fall Markwalder lückenlos klären

FDP in der Vorwärtsverteidigung

hü./rz. · Die Kontakte mit einer für Kasachstan tätigen Schweizer Lobbyistin, für die Nationalratsvizepräsidentin Christa Markwalder geradestehen muss, setzen auch die FDP unter Druck. Markwalders Partei hat jetzt scharf interveniert. Alle Fraktionsmitglieder werden verpflichtet, von Interessenvertretern jederzeit Transparenz einzufordern. Die Vorwürfe gegen Markwalder sollen «restlos aufgeklärt» werden, teilte die Parteispitze mit. Das bedinge, dass auch die involvierte PR-Agentur Burson-Marsteller ihre Interessen offenlege. Der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller, der sich eine Reise nach Kasachstan hatte bezahlen lassen, wird explizit gerügt und muss für die Kosten nachträglich selber aufkommen.

Schweiz, Seite 9

### Die Euro-Gruppe drängt auf Tempo

Referendum würde Zeit kosten

Ht. · Die Finanzminister der Euro-Staaten haben Fortschritte der Experten-Verhandlungen mit Griechenland festgestellt, aber Athen zu einer weiteren Beschleunigung aufgerufen. Während der deutsche Finanzminister Schäuble eine gewisse Sympathie für ein Referendum in Griechenland erkennen liess, wies der Euro-Gruppen-Chef Dijsselbloem darauf hin, dass ein solches die Auszahlung von Geldern verzögern könnte. Gesichert ist offenbar die Überweisung einer am Dienstag fälligen griechischen Rückzahlung an den Internationalen Währungsfonds. Die Europäische Zentralbank will die griechischen Banken nicht fallenlassen, solange Hoffnung auf eine Einigung zwischen Athen und den Gebern besteht.

Wirtschaft, Seite 21, 23, 27

### Revolution für den Strassenverkehr

Autonomes Fahren in Zürich

scf. · Am Dienstag wird erstmals ein Auto auf Schweizer Strassen unterwegs sein, das nicht mehr von einem Fahrer gelenkt werden muss. Ein sogenanntes autonomes Fahrzeug wird auf einer vordefinierten Strecke durch die Strassen der Stadt Zürich rollen. Der ETH-Wissenschaftler Roland Siegwart, welcher die Technik erforscht, erklärt im Interview den Nutzen und die Risiken der neuen Fortbewegungsart. Siegwart ist sich sicher: Autonomes Fahren wird das Mobilitätsverhalten verändern. Die Frage werde nur sein, welche Rolle dabei das Auto noch spiele. Geht es nach ihm, kommt der Wagen nur bei Kurzstrecken zum Einsatz. Es fährt den Passagier zum Bahnhof und parkiert sich danach von selbst.

Zürich und Region, Seite 13

ANZEIGE

**Cartier**  
Ballon Bleu de Cartier  
Fliegendes Tourbillon 9452 MC

Zürich - Bahnhofstrasse 47 - 044 211 11 41

### WETTER

**Sonnig und sommerlich warm**  
Alpen Nordseite, Wallis, Nord- und Mittelbünden: Meist sonnig und sommerlich warm, später über den Bergen einige Quellwolken. In der Nacht Schauer oder Gewitter, vor allem am Juranordfuss und in der Ostschweiz. Temperaturen 10 bis 28 Grad. Alpensüdseite und Engadin: Sonnig.

Seite 47

### BÖRSE

Dow Jones	18105,17	▲	-0,47%
SMI	9117,33	▲	0,26%
Euro in Franken	1,0423	▲	-0,13%
Erdöl (WTI in \$)	59,26	▲	-0,40%

Seite 27

### INTERNATIONAL

Frankreich sucht die Nähe zu Kuba

Seite 3

### SPORT

Barcelona befindet sich in Top-Form

Seite 40

### FEUILLETON

Heiteres Gedenken an Günter Grass

Seite 45

### «Islamophobie»



Die grosse Solidaritätswelle zugunsten von «Charlie Hebdo» ist verebbt. Nun melden sich die Kritiker des Satireblatts. Unter ihnen sind auch ehemalige Mitarbeiter. Sie werfen den Satirikern vor, antiislamische und antiarabische Gefühle zu fördern. Die Verteidiger des Blatts haben aber gute Argumente.

Medien, Seite 50



Sportresultate 38 TV/Radio 49 Fahrzeuge 28 Anlagefonds 35 Veranstaltungen 44 Kino 46 Trauer 8

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 15 30, weitere Angaben im Impressum Seite 45

Bürgerlicher Kanton, linke Stadt – nicht nur in Luzern *Seite 9*

Frauen machen in Liechtenstein für Quote mobil *Seite 10*

Nidwalden überzeugt mit kreativen Lösungen *Seite 11*

Wo das Rätoromanische grossgeschrieben wird *Seite 12*

## Beten allein hilft nicht

*Eine Studie untersucht, wie es um die Reputation von Katholiken und Reformierten steht*

Wollten die Kirchen ihren Niedergang stoppen, müssten sie an ihrem Ruf arbeiten, sagt der Theologe Urs Winter. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Seelsorgern an der Basis zu.

Simon Hehli

Befassen sich die Medien mit der Zukunft der Schweizer Landeskirchen, dominiert das Niedergangs-Topos, befeuert durch religionssoziologische Studien, die einen anhaltenden Massenzug aus der Kirche prophezeien. Laut dem Theologen und Psychologen Urs Winter führt diese Entwicklung bei vielen Kirchenvertretern zu einer «Opfermentalität», nach dem Motto: Gegen gesellschaftliche Trends lässt sich sowieso nichts ausrichten. Doch für Winter muss der Weg der Kirchen nicht im Jammertal enden. Der Projektleiter am Pastoralsoziologischen Institut in St. Gallen zeigt in einer am Montag veröffentlichten Studie zur Kirchen-Reputation verheissungsvollere Wege auf.

Winter wendet in seiner Untersuchung Methoden an, die aus den Wirtschaftswissenschaften stammen. In einem ersten Schritt will er wissen, wie es um den Ruf der beiden grossen Landeskirchen steht. Den breiten Fragenkatalog haben drei verschiedene Gruppen beantwortet: 949 Politiker aus kantonalen Parlamenten, 360 Studenten der Pädagogischen Hochschule (PH) in St. Gallen und 90 Theologiestudenten. So ist Winters Studie zwar nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung, doch geht er davon aus, dass die Resultate bei einer grösser angelegten Befragung ähnlich herauskämen. Alle Antworten konnten dem Fragebogen auch eigene qualitative Aussagen hinzufügen. In einem zweiten Schritt leitet Winter konkrete Handlungsoptionen für die Kirchen ab.

### Bessere Noten für Reformierte

Die Umfrage bestätigt die Ergebnisse anderer Studien: Sowohl Politiker wie auch Studenten finden, dass die Kirchen grundsätzlich einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Häufig sehen die Menschen diesen Nutzen jedoch nicht für sich selber, sondern nur für andere. Bei allen befragten Gruppen gemisst die reformierte Kirche ein besseres Image. Der Ruf der katholischen Kirche hat gelitten unter den Pädophilie-Skandalen, den konservativen Positionen zur Sexualmoral und zur Gleichstellung von Mann und Frau und dem Festhalten an Männerpriestertum und Zölibat. Die Kirche gilt als intolerant,



Die Kirchen stehen in zunehmender Konkurrenz zu anderen Angeboten: St. Felix und Regula in Zürich.

ADRIAN BAER / NZZ

autoritär und verstaubt. Winter diagnostiziert eine «Kluft zwischen Lehre und gelebter Wirklichkeit».

Bei den Reformierten wird bloss der Mangel an Profil kritisiert. Der Zürcher Theologieprofessor Thomas Schlag betont in seinem Nachwort zur Studie allerdings, man solle sich vor den «Versuchungen eines konfessionellen Rankings» hüten. Denn hinsichtlich Qualität seien die Herausforderungen an die Reformierten in keiner Weise geringer. Statistiken zeigen zudem, dass die Protestanten genauso unter Kirchenaustritten leiden wie die Katholiken.

Es ist denn auch eine der zentralen Fragestellungen der Studie: Inwiefern kann sich die Kirche überhaupt den Bedürfnissen ihrer «Kunden» anpassen? Können Firmen, die neue Glacesorten anhand von Marktstudien entwickeln, oder Parteien, die sich an populären Meinungen in der Bevölkerung ausrichten, Vorbilder sein? Eine Kirche, die Religion als «Ware» behandle und damit zu feilschen beginne, zerstöre die Basis der Gottesbeziehung, meinte einst der Zürcher Theologieprofessor Ralph Kunz warnend. Doch Winter bricht eine Lanze für das Marketing und ein besseres Qualitätsmanagement: Kirchen stünden in Konkurrenz zu anderen «Sinnanbietern» und müssten daher ihre

Angebote bestmöglich «vermarkten» und ihre Ressourcen optimal verteilen.

### Zentrale Rolle der Pfarrer

Der Schlüssel zum Erfolg liegt aber nicht in Hochglanzprospekten, wie Winter festhält. Vertrauen lässt nicht mit Imagekampagnen zurückgewinnen. Entscheidend sei vielmehr die Arbeit an der Basis. «Je motivierter und kompetenter das kirchliche Personal wahrgenommen wird, desto besser ist die Beurteilung der Qualität der kirchlichen Angebote», so Winter. Und je besser die Reputation, umso geringer die Zahl der Kirchenaustritte und umso kleiner das Risiko, dass der heutige Modus Vivendi zwischen Staat und Kirche ernsthaft infrage gestellt wird – etwa mit Initiativen zur Abschaffung der Kirchensteuern für Unternehmen. Vor allem aber führt ein guter Ruf laut Winter zu mehr persönlichem Engagement und kann somit helfen, die Nachwuchsprobleme in der Seelsorge zu dämpfen.

Winter rät den Kirchen nicht nur, Prozesse und Strukturen im Sinn des Qualitätsmanagements zu evaluieren und sich klarzuwerden, welche Visionen sie umsetzen wollen. Er betont vor allem, dass die Pfarrer wieder näher zu den Menschen müssten. Ob dies wirk-

lich die ersehnte Trendwende bringen wird, ist aber fraglich. Winter konstatiert selber, dass die Kirchenmitglieder den Seelsorgern bereits heute gute Noten ausstellen – Steigerungspotenzial zugunsten des Rufs der Gesamtinstitution ist hier also kaum vorhanden. Auch Theologieprofessor Schlag zweifelt, ob die Angestellten an der Basis das durch die Medien geprägte Negativimage der Kirchen tatsächlich korrigieren können.

Erschwert wird die pastorale Nähe zusätzlich durch die sinkenden Mitgliederzahlen, welche die Kirchengemeinden zu Fusions- und Konzentrationsprozessen zwingen. Es seien noch viele Fragen ungeklärt, sagt Winter. Etwa, ob es besser sei, schlechten Religionsunterricht anzubieten oder gar keinen. Eines ist für ihn aber klar: Die Kirche muss ihren Blick nach vorne richten. Oder wie es Thomas Schlag – wohl auch als Seitenhieb in Richtung Chur – formuliert: «Alle Strategien des Festhaltens am Überkommenen oder gar des Rückbezugs auf die vermeintlich zeitgeistfreien Traditionen dürften für den allergrössten Teil der Kirchenmitglieder und erst recht der Distanzierten, Wahrnehmenden und Beobachtenden die noch vorhandene Attraktivität weiter sinken lassen.»

## Stockwerkeigentümer scheuen Veränderungen

*Die parlamentarischen Reformvorschläge stossen auf Skepsis*

disc. · Eigentumswohnungen werden stark gefragt bleiben, so die Erwartung des Schweizer Stockwerkeigentümerverbands. Dies, nachdem zwischen 2000 und 2010 die Zahl der selbstbewohnten neuen Eigentumswohnungen um rund 57 Prozent zugenommen hat und jene neuer Einfamilienhäuser mittlerweile deutlich übersteigt. Die Welle energetischer Sanierungen und die dabei notwendigen Investitionssummen werfen aber die Frage auf, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen noch ausreichen. Der Schweizer Stockwerkeigentümerverband zeigt sich skeptisch gegenüber den Forderungen nach Gesetzesänderungen. Einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf ortet der Verband bei Fragen, die den Abbruch bestehender Gebäude und Ersatzneubauten betreffen. Hier

bestehe ein Auslegungsproblem, wann ein Gebäude in einem Zustand sei, das einen solchen Schritt legitimiere, und wann etwa auf die Klage eines Mitglieds der Stockwerkeigentümergeinschaft einzugehen sei, so der Verband in einer Medienmitteilung. Dass einzelne Gegenstimmen der Eigentümergemeinschaft wichtige Sanierungen verhindern, hält der Verband für eine übertriebene Darstellung. «Notwendige» und «nützliche» Massnahmen liessen sich über das einfache Mehr der Gemeinschaft durchsetzen. Eine Interpellation von Nationalrat Karl Vogler (cvp., Obwalden) regt mit Blick auf energetische Sanierungen eine Pflicht zur Aufneuerung von Erneuerungsfonds und neue Bestimmungen für die Mehrheitsverhältnisse bei den entsprechenden Entscheidungen an.

Auch der Bundesrat ist gegenüber solchen Forderungen allerdings skeptisch. Er erklärt in einer Antwort auf ein ähnliches grünliberales Postulat, dass bei aller Notwendigkeit energetischer Sanierungen auf die finanzielle Tragbarkeit für den Einzelnen zu achten sei. Wolle man die Sanierungsquote erhöhen, seien entsprechende Vorschriften nötig, so der Bundesrat, der auch eine von Andrea Caroni (fdp., Aargau) angeregte juristische Gesamtschau ablehnt.

Das Stockwerkeigentum wurde 1965, also vor 50 Jahren, ins Zivilgesetzbuch aufgenommen, womit ältere Regelungen faktisch aufgehoben wurden. Diese Eigentumsform gibt dem Käufer einer Wohnung keine umfassenden Rechte über diese, sondern ein Miteigentum an der Gesamtliegenschaft.

## FDP-Führung greift durch

*Reaktion auf Kasachstan-Affäre*

FDP-Nationalrat Walter Müller soll seine Reise nach Kasachstan nachträglich selber bezahlen. Die Lobbyistin Baumann verliert den Zutritt zum Bundeshaus. Die Rolle von Christa Markwalder will die FDP vertieft abklären.

Markus Häfliger, Bern

Die Leitung der FDP hat sich am Montag wegen der Lobby-Affäre um Kasachstan zu einer Sitzung getroffen und anschliessend ein Paket von Massnahmen kommuniziert. In einem Communiqué wird Nationalrat Walter Müller (St. Gallen) kritisiert, weil er sich auf Kosten eines undurchsichtigen Politikers zu einer Reise nach Kasachstan einladen liess (vgl. NZZ vom 8. 5. 15). Müller sei «von der Parteileitung gerügt» worden», teilt die FDP mit. Zudem zahle Müller die Kosten seiner Reise im Nachhinein selber.

Auf Nachfrage präzisiert ein FDP-Sprecher, dass Müller 2180 Franken bezahle – 1540 Franken für den Flug und 640 Franken für das Hotel. Die PR-Agentur Burson-Marsteller hatte ihrem kasachischen Kunden laut eigenen Angaben 60 240 Franken für die Reise verrechnet. Dieser Betrag umfasse die Honorare der Agentur sowie die Reisekosten für drei Personen: Neben Müller waren dies der SVP-Politiker Christian Miesch und die Burson-Marsteller-Mitarbeiterin Marie-Louise-Baumann.

### Lobbyistin verliert Zugang

Baumann verliert per sofort ihren Zutritt zum Bundeshaus, den ihr bisher die FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger (Aargau) gewährt hat. Zugleich forderte Eichenberger auch den Badge zurück, den sie an Daniel Heller vergeben hatte. Heller ist Partner bei der PR-Agentur Farner und hat mit der Kasachstan-Sache nichts zu tun. «Da nicht absehbar ist, wie sich die Diskussion ums Lobbying weiterentwickelt, habe ich gleich beide Badges zurückgezogen», wird Eichenberger in der Online-Ausgabe des «Tages-Anzeigers» zitiert.

Zur Rolle von Christa Markwalder (Bern) legt sich die FDP noch nicht fest. Ob die Nationalrätin das Kommissionsgeheimnis verletzt habe, «kann die FDP nicht beurteilen», schreibt die Partei. Dies sei Sache des Büros des Nationalrats. Markwalder selber hat den Antrag eingereicht, dass sich das Büro an seiner Sitzung vom 1. Juni mit ihrem Fall befassen soll. Bis zur Klärung gelte die Unschuldsvermutung, hält die FDP fest. «Die zentrale Frage ist, ob Christa Markwalder gewusst hat, dass die Informationen aus der Kommission via die Mitarbeiterin von Burson-Marsteller an einen ausländischen Staat gingen», ergänzt FDP-Präsident Philipp Müller.

Um diese Frage zu klären, hat Markwalder von Burson-Marsteller verlangt, alle Dokumente zum Fall offenzulegen. Die Agentur sichert der FDP in einer eigenen Stellungnahme «die dafür notwendige volle Akteneinsicht zu». Auch sei sie «sehr an einer lückenlosen Aufarbeitung dieses Falles interessiert».

### «Grösste Zurückhaltung»

Generell ruft die FDP ihre Parlamentarier dazu auf, «sich immer nach den Auftraggebern von Lobbyisten zu erkunden». Zudem sollten sie bei Geschenken und bei Einladungen zu Reisen «grösste Sensibilität und Zurückhaltung» an den Tag legen. Die FDP erwartet von ihren Politikern, dass sie die einschlägigen Empfehlungen des Parlaments befolgen. Gemäss dieser Leitplanken sollen Parlamentarier Einladungen zu Auslandsreisen nur annehmen, wenn sie die Kosten selber zahlen.

## Sport verliert an Attraktivität

*Bericht zum Verhalten der Jugend*

(sda) · Die in der Schweiz lebenden Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 bis 19 Jahren treiben immer weniger Sport. Vor allem die Zahl der sportlich sehr aktiven Jugendlichen nahm zwischen 2008 und 2014 ab. Unverändert beliebt sind dafür die Sportvereine. 2014 war ein 10- bis 14-Jähriger ausserhalb der Schule durchschnittlich während 6,6 Stunden pro Woche sportlich aktiv – 2008 waren es noch 7,3 Stunden.

Dies geht aus einem Bericht hervor, den das Bundesamt für Sport am Montag präsentiert. Trotzdem bezeichnen die Autoren des Berichts die Jugendlichen in der Schweiz als «sportbegeistert». Fast die Hälfte der 10- bis 14-Jährigen, nämlich 47 Prozent, treibt mehr als drei Stunden Sport pro Woche. Das sind nur zwei Prozentpunkte weniger als 2008.